

SVP punktete über Wählerschaft hinaus

ZÜRICH. Die jüngste Abstimmung über das neue Bürgerrechtsgesetz im Kanton Zürich ist erwartungsgemäss stark von ideologisch-politischen Faktoren geprägt gewesen. Im Falle des Gegenvorschlags ist es der SVP jedoch gelungen, über die eigene Stammwählerschaft hinaus zu punkten.

So war der Ja-Stimmen-Anteil für den Gegenvorschlag in den meisten Gemeinden höher als der Wähleranteil der SVP. Besonders ausgeprägt war dieser Anteil in Gemeinden wie Dübendorf oder Wädenswil, aber auch in Winterthur und Zürich, wo die SVP vergleichsweise schwach vertreten ist.

Wie eine gestern veröffentlichte Analyse des Statistischen Amtes des Kantons Zürich zeigt, ist dieser hohe Ja-Anteil ein Anzeichen dafür, dass die SVP über ihre Stammwählerschaft hinaus punkten konnte. Die Differenz zwischen dem SVP-Wähleranteil und dem Ja-Stimmen-Anteil war etwa 9 Prozent.

Wie Ausschaffungsinitiative

Viel ausgeprägter zeigte sich dieses Phänomen bei der Abstimmung über die eidgenössische Ausschaffungsinitiative im November 2010. Allerdings betrug damals die durchschnittliche Differenz satte 21 Prozent. Die Parolen waren bei beiden Abstimmungen praktisch dieselben. Die Ausschaffungsinitiative wie auch der Gegenvorschlag zum Bürgerrechtsgesetz wurden nur von der SVP und der EDU unterstützt, während der gemässigte Gegenvorschlag zur Ausschaffungsinitiative und das Bürgerrechtsgesetz nur bei den Mitteparteien auf Anklang stiessen. Beide Abstimmungen zeigen: Die erstarkte Mitte hat gegen den Widerstand der Polparteien SVP und SP sowie die Grünen einen schweren Stand. (sda)